

Christoph Marx



POLITISCHE PRESSE IM NACHKRIEGSBERLIN 1945–1953

Erik Reger und Rudolf Herrnstadt

ibidem

Christoph Marx

**Politische Presse im Nachkriegsberlin
1945-1953**

Erik Reger und Rudolf Herrnstadt

Christoph Marx

**POLITISCHE PRESSE IM NACHKRIEGSBERLIN
1945-1953**

Erik Reger und Rudolf Herrnstadt

ibidem-Verlag
Stuttgart

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>.

Coverabbildung:

Nachkriegszeit - Ende Berlin-Blockade 1949. Fotograf: zbarchiv. © picture alliance / ZB. Abdruck mit freundlicher Genehmigung.

∞

ISBN-13: 978-3-8382-6985-6

© *ibidem*-Verlag
Stuttgart 2016

Alle Rechte vorbehalten

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und elektronische Speicherformen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

All rights reserved. No part of this publication may be reproduced, stored in or introduced into a retrieval system, or transmitted, in any form, or by any means (electronical, mechanical, photocopying, recording or otherwise) without the prior written permission of the publisher. Any person who does any unauthorized act in relation to this publication may be liable to criminal prosecution and civil claims for damages.

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	7
A. HISTORISCHE VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE PRESSEENTWICKLUNG IN BERLIN NACH 1945	19
I. USA und Sowjetunion als ideologische Antipoden	19
II. Die Grundprinzipien für eine deutsche Nachkriegsordnung	26
III. US-Pressepolitik als Reeducation: der Drei-Stufen-Plan	29
IV. Sowjetische Pressepolitik als Propagandapolitik	38
B. ENTWICKLUNG DER BERLINER PRESSELANDSCHAFT 1945-1953	51
I. Ende und Anfang 1945: Sowjetische Grundlagen	51
II. Strategischer Aufbau einer „antifaschistischen Presse“: <i>Die Tägliche Rundschau</i> und die <i>Berliner Zeitung</i>	57
III. Strategie und Konzeption der US-amerikanischen Besatzungsmacht	69
IV. Liberale Gegenpresse: <i>Allgemeine Zeitung</i> und <i>Tagesspiegel</i>	75
V. Das „Zeitungsparadies Berlin“ 1946-1948	86
VI. Berlin-Blockade und die Folgen	104
VII. Konsolidierung der Berliner Presse in West- und Ost-Berlin (1949-1953)	107
VIII. Zusammenfassung	114

C. KÄMPFER UM DIE KÖPFE: ERIK REGER UND RUDOLF HERRNSTADT	119
I. Journalisten des Kalten Kriegs – eine Doppelbiografie	119
a) Herkunft und politische Sozialisation	119
b) Zeit des Nationalsozialismus	129
c) An der Spitze der publizistischen Front	138
II. Der erste Berliner Zeitungskrieg: Die Fusion von SPD und KPD	149
III. Positionen, Strategien und Entwicklungen (1946-1953)	169
IV. Zwischen Unterwerfung und Selbstbehauptung: Das Verhältnis zur Besatzungsmacht	184
a) Erik Reger und sein Verhältnis zur USA	184
b) Die Russen und ich: Der Sowjetmensch Rudolf Herrnstadt	192
SCHLUSSBETRACHTUNG	205
ANHANG	211
Abkürzungs- und Sigelverzeichnis	211
Quellen	215
Literatur	220
Personenregister	235

Einleitung

Zeitungen und Zeitschriften entfalten seit jeher politische Wirkung. Sie ermöglichen den Menschen den Zugang zu Geschehnissen außerhalb ihres persönlichen Wirkungsbereichs, bestimmen ihre Wahrnehmung der Außenwelt und können daraus resultierende persönliche Handlungen mitbestimmen. Zeitungen waren von Anfang an potentiell herrschaftsgefährdend. Ohne Zeitungen und Flugschriften hätte etwa die Reformation im 16. Jahrhundert nicht wirksam werden können, die zu einer Umwälzung politischer Machtverhältnisse geführt hat. Schon im 17. Jahrhundert versuchten die Herrschenden deswegen, Zeitungen in ihrem Sinn einzusetzen. Einerseits wurde durch Eingriffe von staatlichen Behörden versucht, missliebige Stellungnahmen in der Öffentlichkeit zu unterbinden. Andererseits sollte mit Staatszeitungen die Bevölkerung gezielt im Sinne der Machthaber beeinflusst werden.¹

Zu einem bedeutenden Machtfaktor im Staat wurde die Presse als öffentlicher Meinungsmacher in Folge der kontinuierlichen Demokratisierungsprozesse im 19. Jahrhundert. Durch den wachsenden Einfluss breiter Bevölkerungsschichten auf die politische Führungselite im Staat wuchs das Informationsbedürfnis. Die Anzahl der verschiedensten Presseerzeugnisse stieg rasant an. Der Zeitungsboom in Deutschland erreichte ihren Höhepunkt während der Weimarer Republik, als deutschlandweit über 4.000 Tages- und Wochenzeitungen erschienen. Allein in Berlin waren es 1928 147.² Die Zeitungen tragen in pluralistischen Gesellschaften wesentlich zur politischen

¹ Heinz Pürer, Johannes Raabe, *Presse in Deutschland*, Konstanz 2007, 35-63. Zentral auch: Rudolf Stöber, *Deutsche Pressegeschichte*, Konstanz 2005.

Orientierung und Meinungsbildung der Menschen bei. So wurde in der Weimarer Demokratie der Kampf der Parteien um die Mehrheiten und damit um die Macht im Staat nicht zuletzt auch in der Presse ausgetragen. In Berlin standen dem liberal-bürgerlich orientierten Pressekonzern Rudolf Mosses mit seinem *Berliner Tageblatt* als publizistischer Speerspitze, dem ebenfalls liberalen *Ullstein-Verlag* mit seiner *Berliner Morgenpost* und der *Vossischen Zeitung* die gegen die Weimarer Republik gerichteten kommunistischen Blätter aus dem Hause Münzenberg und die nationalistischen Publikationen des Großindustriellen Alfred Hugenberg gegenüber. Es ist unbestritten, dass das von der Schwerindustrie finanziell großzügig unterstützte Zeitungsimperium Hugenburgs in der Weimarer Republik wesentlich ein Meinungsklima förderte, das einen fruchtbaren Nährboden für die nationalsozialistische Propaganda bot.

Politische Presse versucht durch Meinungen, Berichte und Haltungen der Bevölkerung ein Wahrnehmungsmuster der öffentlichen Angelegenheiten vorzugeben, um das öffentliche Bewusstsein der Menschen im gewünschten Sinne zu beeinflussen. Die politische Publizistik ist so immer auch als ein ideologisches Mittel zu machtpolitischen Zwecken zu verstehen. In diesem Sinne bedeutete der Zusammenbruch des Deutschen Reiches am Ende des Zweiten Weltkriegs und die Besetzung Deutschlands durch die alliierten Truppen einen bis heute wirksamen Einschnitt in der deutschen Pressegeschichte. Die alliierten Besatzungsmächte zerstörten nicht nur das nationalsozialistische Medienmonopol, sondern schufen ein strukturell neues Pressewesen, das sich an nationale Traditionen nur soweit hielt, wie diese den jeweiligen weltanschaulichen Überzeugungen nützlich bzw. förderlich waren. Aufgrund der grundsätzli-

² Zu den Zahlen vgl. Hans Bohrmann, Anmerkungen zur Mediengeschichte Berlins, in: Günter Bentele/Otfried Jansen (Hg.), *Medienstadt Berlin*, Berlin 1988, 12-41. Hier: 33

chen Interessendivergenz zwischen der USA und der Sowjetunion als den entscheidenden ideologischen Gegnern der Anti-Hitler-Koalition wurde die neuformierte Presselandschaft schnell zum interalliierten Kampffeld um die Meinungsführerschaft im besetzten Deutschland, die die spätere Spaltung Deutschlands in zwei sich feindlich gegenüberstehende Gesellschaftssysteme vorwegnahm und ideologisch legitimierte. In Berlin, dem Machtzentrum des untergegangenen Deutschen Reiches, setzte diese Entwicklung bereits unmittelbar nach Kriegsende ein, weil hier die ideologischen Antagonismen der englisch-amerikanischen und der sowjetischen Besatzungsmacht direkt aufeinanderstießen. Aufgrund der besonderen Vier-Mächte-Konstellation und dramatischer Ereignisse wie der Berlin-Blockade durch die Sowjets 1948/1949 blieb der Meinungskampf in Berlin auch dann noch besonders kriegerisch, als sich im übrigen Deutschland abgrenzbare Staatsstrukturen entwickelten. Durch die räumliche Nähe der feindlichen Lager und den immer noch gemeinsamen Lebensalltag der Bevölkerung blieb Berlin in Vielem ein Sonderfall. Wie sich diese besondere Situation auf die Entwicklung und Ausprägung des Berliner Pressewesens auswirkte, steht im Mittelpunkt der Untersuchung.

Der Zusammenhang zwischen der Ausformung der Berliner Presselandschaft der Nachkriegszeit und dem Ost-West-Konflikt ist an sich ein Gemeinplatz. Die Ausrichtung und Entwicklung der politischen Nachkriegspresse sind ohne die ideologischen Implikationen des Kalten Kriegs nicht denkbar. Ein historisierender Vergleich, der die spezifische Berliner Pressentwicklung in größere historische Zusammenhänge einordnet, fehlt bisher. Zu nah war die Literatur bis 1990 noch an den politischen Faktizitäten des Kalten Kriegs.³

³ Oft ist die vor 1990 erschienene Literatur zur Berliner Pressegeschichte nach 1945 selbst Kind ihrer Zeit und in den ideologischen Fallstricken des Kalten Kriegs ge-

In der vorliegenden Arbeit wird nun konkret angestrebt, die Entwicklung der Berliner Presselandschaft in den größeren Kontext der ideologischen Auseinandersetzungen zu stellen, gegenseitige Beeinflussungen und Wechselwirkungen zu erkunden und individuelle Freiräume und Besonderheiten von Redakteuren und Medienmachern innerhalb des eigenen Lagers auszuloten. Es wird also zwischen strukturellen Vorgaben bzw. Zwängen und den Handlungen bzw. Handlungsmöglichkeiten der handelnden Personen unterschieden. Ausgangspunkt ist die Überzeugung, dass Zeitungen einerseits von den historischen Bedingungen, andererseits auch von einzelnen Persönlichkeiten wesentlich mitgeprägt sind. Zeitungen sind Ausdruck des Zeitgeists – Ausdruck sowohl der politischen Gegenwart als auch der Medienmacher.

Strukturell wird davon ausgegangen, dass die Berliner Nachkriegszeitungen in erster Linie Produkte der alliierten Pressepolitiken waren und aufgrund der besonderen Berliner Vier-Mächte-Konstellation von den Alliierten auch als Instrumente benutzt wurden, sich eine starke ideologische Machtposition gegenüber dem ehemaligen Kriegspartner zu verschaffen. Die besondere Nachkriegsentwicklung der Berliner Presselandschaft soll also auch von ihrem Wert als interalliiertes Kampfmittel erklärt werden. Dabei werden zwei Zeitungen und die sie prägenden Journalisten genauer betrachtet, um exemplarisch und idealtypisch im Sinne von „pars pro toto“ die individuellen Differenziertheiten aus den allgemeinen politischen Bedingungen und Vorgaben herauszuarbeiten. Besonders in den Fokus rücken die einzigen heute noch in Berlin existierenden Zeitungen: die sowjetisch lizenzierte *Berliner Zeitung*, die

fangen geblieben. Vgl. z.B. Friedrich Medebach, Stellung und Aufgabe der Berliner Presse seit 1945, in: ZV+ZV (Jg. 56/1959) H.10, 354-362. Zur DDR-Pressegeschichtsschreibung exemplarisch: Günter Raue, Geschichte des Journalismus in der DDR, Leipzig 1986.

erste deutsche Nachkriegszeitung in Berlin, und der US-amerikanisch lizenzierte *Tagesspiegel*, die „erste freie Presse in Berlin“⁴. Da jede Zeitung auch ein Produkt handelnder Menschen ist, werden die beiden deutschen Chefredakteure genauer ins Visier genommen: Erik Reger vom *Tagesspiegel* und Rudolf Herrnstadt von der *Berliner Zeitung*. Beide waren die überragenden Journalisten der jeweiligen Seite im Nachkriegsjahrzehnt. Sie waren nie reine Vermittler der politischen Weltanschauung einer fremden Besatzungsmacht, sondern vor allem bis zur Selbsterstörung arbeitende Überzeugungstäter. Gerade dieser absolute Glaube an eine Idee, gepaart mit den dramatischen politischen Zuspitzungen in den ersten acht Nachkriegsjahren, konnte zu jener politischen Sprengkraft führen, die das Nachkriegsberlin speziell kennzeichnet. Reger und Herrnstadt waren somit nicht nur die führenden Berliner „Kalten Krieger“ im Kampf mit dem Wort, vielmehr standen beide als intellektuelle Idealisten einander durchaus nah. Eine jeweils bemerkenswerte Symbiose von Geist und Macht, die in einer vergleichenden Doppelbiografie genauer untersucht werden wird.

Die Wirkungskdauer der beiden Journalisten in Berlin deckt sich fast genau mit dem Untersuchungszeitraum der vorliegenden Studie. Die Darstellung der Presseentwicklung und exemplarischer thematischer Auseinandersetzungen beschränkt sich auf die Jahre 1945 bis 1953, endet also zu dem Zeitpunkt, als Rudolf Herrnstadt in der SED politisch jäh abstürzte und kurz bevor Erik Reger plötzlich und unerwartet verstarb. Es war auch der Zeitpunkt, als im Juni 1953 nach dem Tod Stalins das kommunistische Zwangssystem der DDR seine erste schwere öffentliche Legitimitätskrise durchlebte und nur durch die sowjetischen Panzer gerettet werden konnte. Ein erster politisch

⁴ So der *Tagesspiegel* im Vorwort zu seiner Jubiläumsausgabe zum fünfzigjährigen Bestehen. Vgl. *Der Tagesspiegel* vom 27.9.1995 (Sonderbeilage).

wie auch publizistisch wichtiger Einschnitt im Berlin der Nachkriegszeit.

Der formale Aufbau der Arbeit orientiert sich an den dargestellten Erkenntnisinteressen und besteht aus drei großen zusammenhängenden Themenblöcken.

Der **erste Teil** untersucht die historischen Bedingungen für die spezielle Entwicklung der Berliner Presse. Neben der Darstellung der alliierten Machtfülle gegenüber der deutschen Bevölkerung stehen hier insbesondere die grundlegenden ideologischen Unterschiede zwischen den USA und der Sowjetunion als den beiden wichtigsten Alliierten und ihre Auswirkungen auf die Pressepolitik im Blickpunkt. Vor dem Hintergrund der prinzipiellen antithetischen Zielsetzungen der USA und der Sowjetunion, die anhand der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs kurz skizziert werden, werden hierfür in angemessener Ausführlichkeit die pressepolitischen Nachkriegsplanungen der US-Amerikaner und der Sowjets analysiert und abschließend gegenübergestellt werden.

Der **zweite Abschnitt** widmet sich dann der konkreten strukturellen Ausformung der Berliner Presselandschaft in den ersten acht Nachkriegsjahren, wobei der Schwerpunkt auf die Darstellung der ersten beiden Jahre liegt, in denen die wesentlichen Grundlagen gelegt wurden. Dabei stehen die Entstehungsgeschichte und das inhaltliche, formale und personelle Profil der ersten Berliner Nachkriegszeitungen im Mittelpunkt, wobei deutlich werden wird, wie sehr jeweils die eine Seite auf die andere Seite reagiert. Entsprechend dem chronologischen Ablauf werden hierfür zunächst das offizielle sowjetische Publikationsorgan *Tägliche Rundschau* und die *Berliner Zeitung* als die ersten von den Sowjets lizenzierten Zeitungen während ihres dreimonatigen Machtmonopols in Berlin analysiert werden, um diesen dann spiegelbildlich das offizielle US-amerikanische Blatt

Allgemeine Zeitung und die erste deutsche US-Lizenzzeitung *Der Tagesspiegel* gegenüberzustellen. Die Entstehungsgeschichte und das Profil des *Tagesspiegel* verdienen hierbei aus erwähnten Gründen besondere Aufmerksamkeit. Im Weiteren werden der enorme Zeitungs- und Zeitschriftenboom in den ersten Jahren in Berlin mit der interalliierten politischen Wettbewerbssituation erklärt. Dabei wird anhand amtlicher Dokumente und redaktioneller Konzepte vor allem der Frage nachgegangen, wie die alliierten Bündnispartner auf ihre jeweiligen Zeitungen reagierten. Eine Situation, die sich nach 1948 noch einmal erheblich verschärfte, als der Kalte Krieg mit Berlin-Blockade und Spaltung seinen ersten Höhepunkt in der Stadt erreichte.

Der **dritte Teil** beschreibt dann die inhaltlichen Dimensionen des Zeitungskriegs und nimmt dabei die Auseinandersetzungen zwischen den publizistischen Frontkämpfern auf beiden Seiten, Erik Reger und Rudolf Herrnstadt, als roten Faden auf. In einer Art Doppelbiografie werden Herkunft, Erfahrungen, Einstellungen und Überzeugungen der prägenden Journalisten auf beiden Seiten gegenübergestellt, ihr Profil und ihre Rolle für die jeweilige Schutzmacht analysiert. Dabei werden konkrete Hintergründe und persönliche Motivation für die publizistischen Ziele und Tätigkeiten ergründet sowie Unterschiede und auch Gemeinsamkeiten herausgearbeitet. Anhand von Artikeln von ausgewählten Ereignissen wie der Berlin-Blockade oder dem Aufstand vom 17. Juni 1953 werden publizistische Kampfstrategien der von ihnen verantworteten Zeitungen untersucht und nach zeitlichen Entwicklungen, Änderungen und Beeinflussungen gefragt. Besonders ausführlich wird auf die Kontroverse um den Zusammenschluss der KPD und SPD in Berlin im Frühjahr 1946 eingegangen, den ersten Zeitungskrieg Berlins, in dem auch beide Journalisten direkt eingriffen. Diese Auseinandersetzung war ein entscheidender Wendepunkt im politischen und

publizistischen Bereich hin zu einer Konfrontation, die 1948 in der Spaltung Berlins endete. Dabei waren beide Journalisten nie nur ferngesteuerte politische Handlanger, sondern vor allem auch durch die unmittelbare Kriegsvergangenheit geprägte deutsche Intellektuelle. Beide waren umfassend gebildet, handwerklich glänzend und ließen sich trotz ihrer festen Überzeugung nie einfach zu einem Kadergehorsam zwingen. Als denkende Wesen bewahrten sie sich in ihrem individuellen Rahmen mehr oder weniger geistige Unabhängigkeit auch gegenüber „ihrer“ Hegemonialmacht. Die Frage des individuellen Verhältnisses zur jeweiligen Besatzungsmacht wird anhand von Reden und Dokumenten gesondert untersucht werden. Denn das Nachleben der beiden kann unterschiedlicher nicht sein. Wurde lange Zeit ein „Erik-Reger-Preis“ verliehen, ist Rudolf Herrnstadt im kollektiven Gedächtnis Berlins fast vollständig vergessen bzw. bewusst verdrängt worden. Das liegt nicht nur an seiner heute als moralisch anstößig empfundenen Rolle als Unterstützer einer Diktatur, sondern auch an dem Verhalten der DDR selbst, die ihn 1953 von heute auf morgen zur Unperson erklärte.

In Hinblick auf die Literatur zur Berliner Pressegeschichte der Nachkriegszeit geht die folgende Studie von meiner ausführlichen Untersuchung über die Anfänge der Berliner Presse⁵ aus, erweitert aber wesentlich deren Perspektive. Im Sinne des vorgestellten differenzierten Ansatzes nimmt die vorliegende Arbeit verstärkt die Verhältnisse innerhalb des eigenen Lagers in den Blick. Durch den Fokus auf die beiden Journalistenpersönlichkeiten Erik Reger und Rudolf Herrnstadt soll am Ende auch ein lebendiges Bild von Möglichkeiten und Grenzen des Journalismus in Zeiten der extremen ideologischen Polarisierung stehen. Die Verbindung einer intellektuellen mit einer journalismusgeschichtlichen Perspektive wird durch den

⁵ Christoph Marx, *Reeducation und Machtpolitik – Die Neuordnung der Berliner Presselandschaft 1945-1947*, Stuttgart 2001.

biografischen Zugriff eingegrenzt und exemplarisch verdichtet. Damit orientiere ich mich prinzipiell an der Vorgehensweise der ideengeschichtlichen Arbeit von Marcus M. Payk zum Feuilletonjournalismus der frühen Bundesrepublik⁶, ohne vorliegende Spezialuntersuchung mit dieser ambitionierten Großstudie im „Spannungsfeld von intellektueller Selbstverständigung und demokratischer Soziabilität“⁷ gleichsetzen zu wollen.

Die wichtigsten Primärquellen der Studie waren die jeweiligen Jahrgänge der ausgewählten Zeitungen. Die *Tägliche Rundschau* ebenso wie die *Berliner Zeitung* und *Der Tagesspiegel* waren in den Berliner Bibliotheken komplett einzusehen. Bei der Analyse der nur kurzzeitig existierenden *Allgemeine(n) Zeitung* konnte auf die ausführliche Studie von Gisela Frohner zurückgegriffen werden.⁸ In den Landesarchiven der Stadt Berlin⁹ und der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ (SAPMO-BArch) wurden einige für die Arbeit interessante Dokumente entdeckt.¹⁰ Ebenso ermöglichten die im Landesarchiv Berlins einzusehenden Akten der US-amerikanischen Militäradministration in Berlin (OMGBS) Einblicke in das politische Innenleben des *Tagesspiegel*.

⁶ Marcus M. Payk, *Der Geist der Demokratie – Intellektuelle Orientierungsversuche im Feuilleton der frühen Bundesrepublik*: Karl Korn und Peter de Mendelssohn, München 2008.

⁷ Zitiert nach: Ebda, 9.

⁸ Gisela Frohner, „Allgemeine Zeitung“. Portrait einer Zeitung für die Berliner Bevölkerung, unveröffentlichte Magisterarbeit an der Philosophischen Fakultät der FU Berlin 1966.

⁹ Das ehemalige Stadtarchiv im Osten in der Breite(n) Straße wird im folgenden LAB (STA), das im Westen Berlins gelegene Landesarchiv an der Kalckreuther Straße LAB abgekürzt.

¹⁰ Ein in der SAPMO-BArch entdeckter Erinnerungsbericht Bernt von Küngelgens über das erste Jahr der *Berliner Zeitung* erwies sich als wichtigste Quelle für die politische Einordnung der *Berliner Zeitung*. Bernt von Küngelgen, Jahrgang 1945 – Die „Berliner Zeitung“ – ein Instrument der Bündnispolitik der Arbeiterklasse, in: SAPMO-BArch, EA Sg Y 30/ 1828, Bl. 1-35.

Für die Einordnung und Bewertung der Ereignisse und Auseinandersetzungen blieb der Rückgriff auf zeitgenössische Erinnerungen und wissenschaftliche Darstellungen wichtig, von denen die wichtigsten für die Arbeit im Folgenden kurz vorgestellt werden.

Unter den Erinnerungen muss in diesem Zusammenhang Peter de Mendelssohns journalistische Darstellung der „Zeitungsstadt Berlin“¹¹ erwähnt werden. Die aufgrund seiner Stellung als ehemaliger US-amerikanischer Presseoffizier notwendigerweise subjektive Schilderung der Entwicklung der Berliner Nachkriegspresse im Allgemeinen und des *Tagesspiegel* im Besonderen bleibt unverzichtbar. Oschilewskis knapper, aber sehr informativer Überblick über die Berliner Zeitungen war in erster Linie bei den nicht näher analysierten Zeitungen nützlich.¹²

Unter den wissenschaftlichen Untersuchungen zur Westberliner Pressegeschichte ragt Harold Hurwitz' soziologisch orientiertes vierbändiges opus magnum über „Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945“ heraus. Dessen dritter Teil, der sich detailliert u. a. mit der Berliner Medienpolitik der US-Amerikaner befasst, boten zusammen mit seiner früheren Studie über die „Stunde Null der deutschen Presse“ einen schier unerschöpflichen Fundus an Quellen und Belegen.¹³ Ebenso die von Klaus Jans 1986 am Institut für Publizistik der FU Berlin angefertigte Magisterarbeit über die „Anfänge des Tagesspiegel“, die ausführlich und quellengestützt das erste Halbjahr des *Tagesspiegel* rekonstruiert.¹⁴ Auf der anderen Seite

¹¹ Peter de Mendelssohn, *Zeitungsstadt Berlin*, Frankfurt/ Berlin 1982.

¹² Walther G. Oschilewski, *Zeitungen in Berlin – Im Spiegel der Jahrhunderte*, Berlin 1975.

¹³ Harold Hurwitz, *Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierungsnot der Deutschen 1945-1946*, Köln 1984. Ders., *Die Stunde Null der deutschen Politik – Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945-1949*, Köln 1972.

¹⁴ Klaus Jans, *Die Anfänge des Tagesspiegel*, unveröffentlichte Magisterarbeit am FB Kommunikationswissenschaften der FU Berlin 1986.

kann auf die Dissertationsschrift von Peter Strunk über die „Pressekontrolle und Propagandapolitik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland“ hingewiesen werden, die die Intentionen der sowjetischen Pressepolitik beleuchtet. Sie wurde darüberhinaus für die Analyse der *Tägliche(n) Rundschau* herangezogen.¹⁵ Von den neuesten Untersuchungen war insbesondere für die Einordnung der inhaltlichen Auseinandersetzungen die sprachwissenschaftlich ausgerichtete Studie von Eva Zametzer über den Ost-West-Konflikt in *Tagesspiegel* und *Berliner Zeitung* sehr hilfreich.¹⁶ In diesem Zusammenhang sei auch auf die Studie von Wolfgang Schivelbusch über das „geistige Berlin 1945-1948“ verwiesen, deren Quellen und geistreichen Interpretationen immer wieder wichtige Anregungen gaben.¹⁷

Journalismusgeschichte ist immer noch vor allem Presse-, also Sachgeschichte. Journalisten selbst sind nur selten Gegenstand historischer Untersuchungen und wenn doch, gehen sie nur wenig über Anekdoten hinaus.¹⁸ Umso erfreulicher, dass zu beiden Persönlichkeiten in jüngster Zeit zwei neuere Quelleneditionen bzw. Memoiren aus dem familiären Umfeld erschienen, die für die beiden Biografien, gerade für die Charakteristik der Persönlichkeiten, unentbehrlich waren. Das Eine ist das neu editierte Tagebuch von Erik Reger aus

¹⁵ Peter Strunk, *Pressekontrolle und Propagandapolitik der sowjetischen Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) – Der politische Kontrollapparat der SMAD im sowjetischen Besatzungsgebiet (1945-1947)*, Diss. Frankfurt 1989. Ders., *Zensur und Zensoren – Medienkontrolle und Propagandapolitik unter sowjetischer Besatzungsherrschaft in Deutschland*, Berlin 1996.

¹⁶ Zametzer, Eva, *Die Anfänge des Ost-West-Konflikts in der deutschen Sprache – Argumentationsstrategien in Tagesspiegel und Berliner Zeitung von 1945 bis 1949*, Frankfurt u. a. 2006.

¹⁷ Wolfgang Schivelbusch, *Vor dem Vorhang – Das geistige Berlin 1945-1948*, Frankfurt 1997.

¹⁸ Zum Beispiel: Hans-Jürgen Jakobs, Wolfgang R. Langenbucher, *Das Gewissen ihrer Zeit – Fünfzig Vorbilder des Journalismus*, Wien 2004.

den letzten Kriegstagen¹⁹, und das Andere die preisgekrönte Biografie der Tochter von Rudolf Herrnstadt über ihren Vater²⁰. Beide bieten auch ein atmosphärisches Epochenbild, das sich in den nur gelehrten Studien schwer finden lässt. Für die jeweiligen politischen Positionierungen bleiben eigene Pressebeiträge zentral. Viele Korrespondenzen und Materialien aus dem Nachlass von Erik Reger in der Berliner Akademie der Künste waren sowohl für die politische Einordnung als auch für die Frage nach dem Verhältnis zur Besatzungsmacht hilfreich.²¹ In beiden Fällen blieben neben den jeweiligen Originalschriften die wissenschaftlichen Expertisen unverzichtbar.²² Aus dem Nachlass des Berliner Zeitungswissenschaftlers Emil Dovifat geht hervor, dass im Jahr 1969 eine Dissertation zum Thema „Erik Reger und der Tagesspiegel 1945-1954“ geplant war. Diese Arbeit hat wohl die Planungsphase nicht überstanden.²³

¹⁹ Reger, Erik, *Zeit des Überlebens – Tagebuch April bis Juni 1945*, mit einem Nachwort von Andreas Petersen (131-159), Berlin 2014.

²⁰ Liebmann, Irina, *Wäre es schön? Es wäre schön! – Mein Vater Rudolf Herrnstadt*, Berlin 2008. Das quellengesättigte und stilistisch sehr ansprechende Porträt der ausgebildeten Sinologin ist 2008 mit dem Preis der Leipziger Buchmesse ausgezeichnet worden. Das Buch hat auch wegen seines vermeintlichen „Antikommunismus“ von interessierter Seite aus zu polemischen Gegendarstellungen geführt: Klaus Huhn, *Der Fall Rudolf Herrnstadt*, Berlin 2008.

²¹ Archiv der Akademie der Künste Berlin, Nachlass Reger. In der Folge: AdK, NL Reger.

²² Im Fall von Erik Reger vor allem: Erhard Schütz, „...der Wille zur Empfänglichkeit“ Erik Reger. *Leben und Werk*, in: Erik Reger, *Kleine Schriften – Band 2*, hg. von Erhard Schütz, Berlin 1993. Im Fall von Rudolf Herrnstadt die Veröffentlichung des Herrnstadt-Experten Helmut Müller-Enbergs; insbesondere: Helmut Müller-Enbergs, *Der Fall Rudolf Herrnstadt – Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni*, Berlin 1991.

²³ So die Korrespondenz zwischen Sven Thomas Frank und Emil Dovifat in: GSTA PK, VI.HA, NL Dovifat, Nr. 437. Sven Thomas Frank hatte in Erlangen bei Professor Schoeps Geistesgeschichte studiert und galt in den 1970er-Jahren als einer der Vordenker der „Neuen Rechten“.

A. Historische Voraussetzungen für die Presseentwicklung in Berlin nach 1945

I. USA und Sowjetunion als ideologische Antipoden

Die USA entstanden als Willensnation, als revolutionäres Experiment. Zum ersten Mal wurde ein Gemeinwesen begründet, das sich politische Demokratie und Menschenrechte auf die Fahnen schrieb. Die auf den aufklärerischen Prinzipien der Volkssouveränität, Gewaltenteilung und Bürgerfreiheit aufbauende, im Wesentlichen noch heute gültige Verfassung von 1787 wurde zum Vorbild für die liberalen Kräfte in der Welt und zum „transsakrale[n] Motto der Vereinigten Staaten“.²⁴ Sie liegt dem US-typischen Freiheitsverständnis zugrunde, demzufolge das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und die individuellen Freiheitsrechte auf der ganzen Welt gültig seien. Die naturrechtlich begründeten Freiheitsrechte des Individuums werden dabei in der Tradition der Unabhängigkeitserklärung und der Bill of Rights von 1776 als persönliche unveräußerliche Schutzrechte gegenüber einer überindividuellen, staatlichen Instanz definiert. Der einzige legitime Zweck jeder Regierung oder sonstiger staatlicher Organisation sei es, diese Individualfreiheiten zu schützen. Werden diese Rechte verletzt, sei es Pflicht der USA, den Angegriffenen Unterstützung zu gewähren.²⁵

²⁴ Christoph Marx, Volkssouveränität und Gewaltenteilung – Die US-Verfassung als globales Vorbild, in: BROCKHAUS Horizonte – Im Kampf um die Freiheit, 44-52.

²⁵ Vgl. hierzu auch: Brockhaus – Die Bibliothek – Weltgeschichte, Bd.6, Leipzig 1999, 192ff; Rüdiger B. Wersich (Hg.), USA-Lexikon, Berlin 1995, 128f bzw. 218f. Zitat: 219.

In diesem Sinn verfolgte US-Präsident Franklin Roosevelt in den 1930er-Jahren gegen die allgemeine Stimmung im Land²⁶ früh einen interventionistischen Ansatz gegenüber dem nationalsozialistischen Expansionsdrang. Er erkannte den Anspruch der Nationalsozialisten, die gesamte Welt in ihrem Sinne militärisch wie auch ideologisch neu ordnen zu wollen.²⁷ Die Expansionsgelüste Hitlers in Europa waren für ihn eine globale Bedrohung für alle freiheitlichen Demokratien. Die demokratischen Staaten sollten der menschenverachtenden nationalsozialistischen Ideologie mit ihrem militärischen Machtapparat massiv entgegenwirken.

Diese Haltung entsprach dem elementaren Eigeninteresse der USA an einem liberalen Weltmarkt. In der auf dem traditionellen Freiheitsverständnis aufbauenden One-World-Konzeption war die Sicherung des freien Weltmarktes „untrennbar mit der unteilbaren Sicherheit und der unteilbaren Freiheit aller verbunden“²⁸. Die liberal-freiheitliche Verfassung eines Landes war also nur zu sichern, wenn alle Länder in diesem Sinne freiheitlich regiert werden. Der von den Nationalsozialisten angestrebten neuen Weltordnung, die auf Rassismus, Gewalt und Freiheitsentzug baute, stellte Roosevelt in seiner Vier-Freiheiten-Rede vom 6. Januar 1941 so die „moralische Ordnung“²⁹ der unteilbaren, individuellen Freiheitsrechte entgegen.

²⁶ Detlef Junker, Kampf um die Weltmacht – Die USA und das Dritte Reich 1933-1945, Düsseldorf 1988, 21.

²⁷ So sah Roosevelt bereits 1937 einen Existenzkampf zwischen Demokratie und Diktatur voraus, deren „Regime des Schreckens und der Gewalt die Welt“ bedrohe. Zitiert nach: Hermann Kindler/Werner Hilgemann, dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Bd.II, München 1996, 186. Insgesamt vgl. Detlef Junker, Roosevelt und die nationalsozialistische Bedrohung der USA, in: Frank Trommler (Hg.), Amerika und die Deutschen, Opladen 1986, 379-392. Hier. 386.

²⁸ Zitiert: Junker, Weltmarkt, 283. Vgl. Werner Link, Das nationalsozialistische Deutschland und die USA 1933-1941, in: NPL 18 (1973), 225-233.

²⁹ Aus der Vier-Freiheiten-Rede Franklin D. Roosevelts am 4.1.1941. Rede abgedruckt in: Dokumente zur Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, eingeleitet von Herbert Schambeck und gemeinsam hg. mit Helmut Widder und Marcus Bergmann, Berlin 1993, 472-477. Zitat: 476.

Diese waren entsprechend den traditionellen US-amerikanischen Werten die Religionsfreiheit, die Freiheit von Furcht, die Freiheit von Not und die Freiheit der Rede und Meinungsäußerung.³⁰ Um den Frieden langfristig zu sichern, müssten diese weltweit durchgesetzt werden. Diese Vision der globalen Durchsetzung der unveräußerlichen Freiheitsrechte war also einerseits der „antagonistische Weltmachtsentwurf“³¹ zum Nationalsozialismus, andererseits im positiven Sinne selbst programmatisches Ziel einer neu zu errichtenden Weltordnung. Da deren Grundpfeiler auf dem US-amerikanischen Freiheits- und Demokratieverständnis basieren sollte, musste eine solche Friedensordnung notwendigerweise eine Art Pax Americana sein.

In der Entscheidung, aktiv und parteiisch in den zunächst rein europäischen Konflikt einzugreifen, verbanden sich in direkter Kohärenz moralische, ökonomische und sicherheitspolitische Motive zu der missionarischen Vorstellung, dass es um nicht weniger ging als

„einen epochalen Kampf zweier unvereinbarer Grundprinzipien: auf der einen Seite der demokratisch-freiheitliche, rechtsstaatliche Gesellschaftsentwurf mit christlich-humanistisch fundiertem Menschenbild und privatkapitalistischer Wirtschaftsordnung, auf der Gegenseite die menschenfeindliche, rassistisch-totalitäre Willkürdoktrin der NS-Diktatur.“³²

Oder moralischer in den Worten Roosevelts ausgedrückt: als ein Ringen „zwischen Gut und Böse“³³.

Die Sowjetunion als die zweite politische Macht der späteren Anti-Hitler-Koalition war ebenfalls eine Willensnation und ähnlich missionarisch angelegt wie die USA – nur mit diametral entgegengesetz-

³⁰ Die in dem Text benannten vier demokratischen Grundfreiheiten in: Ebda.

³¹ Zitiert nach: Junker, 34.

³² Zitiert nach: Klaus-Dietmar Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995, 44.

³³ So Roosevelt in seiner Jahresbotschaft an den Kongress vom 6.1.1942; Zitiert nach: Ebda.

tem Ziel. Die Sowjetunion entstand als Produkt der Machtübernahme der Bolschewiki unter der Führung Lenins in der Oktoberrevolution des November 1917. In der 1922 gegründeten „Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken“ sollten erstmals die Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels verwirklicht werden, die den historisch notwendigen Sturz des den Menschen von sich selbst entfremdenden kapitalistischen Herrschaftssystems und die Errichtung einer durch die Arbeiterklasse zu verwirklichenden herrschaftsfreien, kommunistischen Gesellschaftsordnung propagierten.³⁴ Im Namen der Lehren von Marx und Engels errichtete die Russische Kommunistische Partei (RKP) als die selbst ernannte revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse ab 1920 ein diktatorisches Ein-Parteien-System. Gemäß dem Marxschen Diktum von der „Diktatur des Proletariats“ wurde diese Parteiendiktatur ideologisch als eine notwendige, nur vorläufige Etappe des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus begründet. In der Sowjetunion setzte nun die kommunistische Staatspartei, die KPdSU, planmäßig und gewaltsam die vermeintliche „sozialistische“ Umstrukturierung der Gesellschaft durch.³⁵

Die Sowjetunion besaß von Anfang an auch intellektuelle Ausstrahlungskraft. Für Kommunisten in aller Welt wurde die Sowjetunion zu einer „Avantgarde der gesamten Menschheit“³⁶, zu dem vermeintlichen Beweis der Marxschen These vom notwendigen Sturz der kapitalistischen Staatenwelt. Nach sowjetischer, orthodox-

³⁴ Zur kommunistischen Theorie von Marx und Engels als den Urvätern der verschiedenen sozialistischen Lehren vgl. die komprimierte Zusammenfassung bei: Hans-Joachim Lieber, Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Bonn 1993, 507-577. Zu den ideologischen Kämpfen innerhalb der KPdSU: Ebda, 748-781.

³⁵ Vgl. Georg von Rauch, Geschichte der Sowjetunion, Stuttgart 1990. Hier besonders: 41-296.

³⁶ Zitiert aus: Francois Furet, Das Ende der Illusion – Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, Paris 1995, 148.

kommunistischer Überzeugung verschleierten deren formale, demokratisch-individuelle Freiheiten nur den gesellschaftlichen Antagonismus zwischen der Minderheit der ausbeutenden Kapitalisten und der großen Mehrheit der ausgebeuteten Arbeiter und würden von der herrschenden bürgerlichen Klasse in erster Linie als Mittel zur Stabilisierung der Klassengesellschaft und damit der eigenen Macht eingesetzt. Demnach könne von einer „wahren“ Demokratie erst dann gesprochen werden, wenn die gesellschaftlichen Bedingungen der „bürgerlichen Klassendiktatur“, also die auf Profit und das individuelle Eigeninteresse aufbauenden Ordnungsprinzipien in Wirtschaft und Staat, überwunden wären. Erst in einem noch aufzubauenden „sozialistischen“ Herrschaftssystem habe die große Mehrheit des Volkes auch faktisch die politische und gesellschaftliche Macht inne. Die vorher skizzierten liberalen Abwehrrechte des Einzelnen gegenüber dem Staat als essentieller Kern des US-amerikanischen, westlichen Demokratieverständnisses waren in diesen Denkkategorien also nur Mittel zum kapitalistischen Zweck und auch eine wesentliche Verkürzung des Demokratiebegriffs. Denn Demokratie, „Herrschaft des Volkes“, wäre in der Klassengesellschaft ein Widerspruch in sich. Nur wenn durch Vergesellschaftung die wichtigsten Produktionsmittel in den Händen der werktätigen Masse konzentriert wären, könnte demnach Demokratie in ihrem eigentlichen Wortgehalt verwirklicht werden. Hierbei kommt auch ein in aristotelischer Tradition stehendes, dem liberalen, US-amerikanischen Denken antithetisch entgegengesetztes inhaltliches Verständnis von Freiheit zum Ausdruck. Der Mensch als *zoon politikon* kann sich nur in der staatlichen Gemeinschaft als ein Freier erfahren. Statt der amerikanischen, individuellen „Freiheit von“ steht hier die idealtypische Vorstellung von der nur im Kollektiv zu erfahrenden „Freiheit zu“ im Vordergrund.³⁷

³⁷ Vgl. insgesamt Ausführungen zum sozialistischen Demokratiebegriff u. a. die